

Exposé des Forschungsprojekts

„Eine Rekonstruktion der Rechtfertigung des Soldatentods und deren Auswirkungen auf die Beziehungen von Parlament, Regierung und Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland“

Projektverantwortliche

Titel	Dr.
Name, Vorname	Franke, Ulrich
Institution	Universität Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS)
Vollständige Adresse	Universität Bremen, InIIS, Mary-Somerville-Str. 7, 28359 Bremen
Telefon / Telefax / E-Mail	0421/218-67472; 0421/218-67491, ulrich.franke@iniis.uni-bremen.de

Titel	Dr.
Name, Vorname	Roos, Ulrich
Institution	Universität Augsburg, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung
Vollständige Adresse	Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg
Telefon / Telefax / E-Mail	0821/5985590; 0821/5985720; ulrich.roos@phil.uni-augsburg.de

Gliederung

- 1.** Zusammenfassung
- 2.** Fragestellung
- 3.** Stand der Forschung
- 4.** Eigene Vorarbeiten
- 5.** Methodologie
- 6.** Methode
- 7.** Übersicht: Aktueller Arbeits- und Zeitplan
- 8.** Publikationen zum Thema
- 9.** Lebensläufe
- 10.** Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern
- 11.** Publikationsstrategie

1. Zusammenfassung

Problemstellung und methodische Grundlegung

Nach Jahrzehnten der militärischen Zurückhaltung ist die deutsche Gesellschaft in zunehmendem Maße wieder mit einem Phänomen konfrontiert, das einer überwunden geglaubten Epoche anzugehören schien: dem gewaltsamen Tod deutscher Soldaten im Kriegseinsatz. Dieses – im Folgenden kurz als „Soldatentod“ gefasste – Phänomen ist von höchster politischer Bedeutung und wird künftig weiter an Relevanz für die bundesdeutsche Öffentlichkeit gewinnen, da Auslandseinsätze der Bundeswehr seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 nicht mehr als krisenhafte Ausnahmesituation gelten, sondern inzwischen zu einer auf Dauer gestellten Routine geworden sind. Dabei erweist sich die Frage als zentral, wie gerechtfertigt wird, dass Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik als Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr einer erhöhten Gefahr ausgesetzt werden, in kriegerischen Auseinandersetzungen getötet zu werden. *Wofür* sollen deutsche Streitkräfte also bereit sein, ihr Leben im Rahmen von Auslandseinsätzen zu riskieren? Die Antwort auf diese Frage, die nicht allein die Streitkräfte, sondern jeden Bürger angeht, formuliert zugleich die grundlegenden Gehalte des „Sinnggebungsnarrativs“ deutscher Außenpolitik mit. Denn, so lautet die hier vertretene Annahme, das Risiko für Leib und Leben der Schutzbefohlenen macht es unweigerlich notwendig, dass die Regierung nur solche Einsätze anordnet und das Parlament nur solchen Einsätzen zustimmt, die der Erreichung besonders zentraler Ziele deutscher Außenpolitik dienen und den grundlegenden Werten des deutschen Staates und seiner Außenpolitik entsprechen. Die Sinnggebungsnarrative bezüglich des „Soldatentods“ geben also immer auch Aufschluss über die maßgeblichen Ziele und Werte deutscher (Außen-)Politik. Diese grundlegenden Ziele und Werte zu rekonstruieren und nach ihrer Entwicklung zu fragen, ist angesichts der allgemeinen Debatte um die Zukunft der deutschen Außenpolitik, deren angeblich fehlender „Grand Strategy“ bzw. dem Fehlen eines klaren Koordinaten- und Wertesystems von hoher gesellschaftlicher Relevanz.

Das *Wofür* des Soldatentods wird auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen mit unterschiedlicher Akzentsetzung diskutiert: neben dem Parlament als dem politischen Repräsentationsorgan der größeren Gesellschaft sind hier vor allem die Regierung und die Streitkräfte selbst zu nennen. Der Soldatentod und seine Rechtfertigung schlagen sich jedoch nicht nur in den entsprechenden Diskursen von Parlament, Regierung und Streitkräften nieder, sondern wirken sich auch auf die Beziehungen dieser Einrichtungen zueinander aus. Aus demokratiethoretischer Perspektive verweist der Soldatentod also auch auf den Aspekt der Gewaltenteilung; er wirft die Frage auf, ob und wie die Machtpotentiale innerhalb eines Gemeinwesens neu verteilt werden. So deutet etwa auf eine Machtumverteilung vom Parlament zur Regierung hin, dass das Ehrenmal für die im Einsatz getöteten Soldaten der Parlamentsarmee Bundeswehr nicht nahe dem Reichstagsgebäude, sondern auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums errichtet worden ist. Mit Blick auf gegenseitige Kontrolle als der Kehrseite von Macht stellt sich in diesem Zusammenhang weiterhin die Frage, ob sich die Loyalitäten von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Zuge von Auslandseinsätzen verschieben. So könnte eine Umverteilung der Loyalität vom Parlament zum Verteidigungsminister(ium) oder dem unmittelbaren eigenen Vorgesetzten auf eine Erschwerung der demokratischen Kontrolle der Bundeswehr hindeuten (ganz gleich ob solche Loyalitätstransfers nun aus dem Gefühl heraus erfolgen, dass die Mitglieder des Parlaments auf Basis unzureichender Kenntnis über Einsätze entscheiden oder zu wenig tun, um der größeren Gesellschaft den Sinn eines Einsatzes zu vermitteln).

Für eine solche diskursanalytische Forschungsperspektive ist die Annahme zentral, dass sowohl über die Sinnggebung des Soldatentods als auch über die Ziele deutscher Außenpolitik ein fortlaufendes politisches Ringen stattfindet, das mit sprachlichen Mitteln ausgetragen wird – ein Kampf um und mit Worten, der mehr als bloßes Reden bedeutet. Entsprechend der hier vertretenen theoretischen Perspektive bestimmen Worte, Begriffe und Sinnggebungsnarrative über Möglichkeiten politischer Gestaltung. Nur was denk- und sagbar ist, kann auch politische Realität werden. Veränderungen dieser sprachlich

vermittelten Möglichkeiten- und Sinngewebungsräume lassen neue politische Optionen entstehen, modifizieren politische Strategien oder schließen bestimmte Handlungsweisen aus. Auch über die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen (den drei zu erforschenden Institutionen) Parlament, Regierung und Streitkräfte wird im Rahmen von Diskursen entschieden. Veränderte Loyalitäten, Kompetenzen und Machtkonstellationen sind Resultat einer veränderten Sprache, neuer Begriffe, einer veränderten Vorstellungswelt und somit veränderter Überzeugungen der beteiligten Akteure (bzw. der Kulturen und Gruppen, in welche diese Akteure eingebettet sind). Der Analyserahmen zielt unter Rückgriff auf zwei seit Jahrzehnten bewährte Ansätze sozialwissenschaftlicher Forschung (Grounded Theory und objektive Hermeneutik) auf die Rekonstruktion dieser Bedeutungsstrukturen, die für politische Möglichkeiten und Wirklichkeiten konstitutiv sind.

Vor diesem Hintergrund verfolgt das derzeit durchgeführte Forschungsvorhaben zwei übergeordnete Zielsetzungen. Das erste Ziel ist auf das Wofür des Soldatentods gerichtet und besteht in einer Untersuchung der entsprechenden Rechtfertigungen durch Parlament, Regierung und Streitkräfte (*Rechtfertigungsdiskurse*); das zweite Ziel umfasst eine Untersuchung der diskursiv verhandelten Beziehungen zwischen diesen drei rechtfertigenden Institutionen, insbesondere mit Blick auf die (Um-)Verteilung so zentraler politischer Werte wie Macht, Einfluss, Kontrolle, Loyalität, Kompetenzen, Legitimation oder Autonomie (*Gewaltenteilungsdiskurse*). Beide Ziele sollen anhand einer Beantwortung der folgenden Fragen erreicht werden: Wie rechtfertigen Parlament, Regierung und Streitkräfte den Soldatentod – und wie werden dabei ihre Beziehungen zueinander beschrieben bzw. ausgestaltet? Wie haben sich die jeweiligen Rechtfertigungs- bzw. Gewaltenteilungsdiskurse von Parlament, Regierung und Streitkräften seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes in die jüngste Gegenwart entwickelt – und welche Gemeinsamkeiten bzw. Differenzen bestehen zwischen ihnen?

Erwartete Forschungsergebnisse

Die Projektverantwortlichen gehen davon aus, dass Parlament, Regierung und Streitkräfte je unterschiedliche Sinngewebungen auf die Frage nach dem Wofür des Soldatentods formulieren und dass sich die in den drei Teildiskursen formulierten Antworten während des Untersuchungszeitraums fortlaufend verändert haben. Neben der Rekonstruktion dieser Veränderungen sowie teildiskursübergreifender Gemeinsamkeiten und Differenzen ermöglicht die Analyse zudem Aussagen über die Entwicklung der grundlegenden Ziele und Werte deutscher Außenpolitik. Schließlich lassen sich anhand der Rekonstruktion der Soldatentod-Diskurse auch etwaige schleichende Veränderungen und Kontinuitäten der politischen Möglichkeitsräume und Realitäten im Blick auf die diskursive Ausgestaltung der Macht- und Loyalitätsbeziehungen zwischen Parlament, Regierung und Streitkräften sichtbar machen.

Originalität des Vorhabens

Obgleich das Thema Soldatentod in jüngerer Zeit aus verschiedener Perspektive Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung geworden ist, liegt zu der hier aufgeworfenen Fragestellung keine systematisch verfahrenende Studie vor. Dabei schließt das skizzierte Vorhaben durch die Verknüpfung der Sinngewebungsnarrative zum Soldatentod mit dem politikwissenschaftlichen Dauerthema von Kontinuität und Wandel deutscher Außenpolitik an laufende wissenschaftliche Debatten an und erweitert diese dadurch, dass auch die Konsequenzen der nachgezeichneten Entwicklungen für die Gewaltenteilung mitreflektiert werden. Gleichzeitig fügt sich das Vorhaben in eine Reihe jüngerer diskursanalytischer Ansätze ein, welche die theoretischen Potentiale der sprachphilosophischen Wende durch das Konzipieren und Durchführen einer konsistenten und überprüfbaren methodischen Vorgehensweise konsequent in den Dienst empirischer Forschung stellen.

2. Fragestellung

Nach Angaben des Bundesministeriums für Verteidigung beteiligen sich die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig mit rund 7.600 Soldatinnen und Soldaten an Einsätzen im Ausland. Durch Fremdeinwirkung sind bei solchen Auslandseinsätzen seit 1992 36 Bundeswehrsoldaten getötet worden, allein 34 davon in Afghanistan (Stand: 30. November 2011). Nach Jahrzehnten der militärischen Zurückhaltung ist die deutsche Gesellschaft also in zunehmendem Maße wieder mit einem Phänomen konfrontiert, das einer überwunden geglaubten Epoche anzugehören schien: dem gewaltsamen Tod deutscher Soldaten im Kriegseinsatz. Dieses – im Folgenden kurz als „Soldatentod“ gefasste – Phänomen ist von höchster politischer Bedeutung und wird künftig weiter an Relevanz für die bundesdeutsche Öffentlichkeit gewinnen, da Auslandseinsätze der Bundeswehr seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 nicht mehr als krisenhafte Ausnahmesituation gelten, sondern inzwischen zu einer auf Dauer gestellten Routine geworden sind. Dabei erweist sich die Frage als zentral, wie gerechtfertigt wird, dass Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik als Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr einer erhöhten Gefahr ausgesetzt werden, in kriegerischen Auseinandersetzungen getötet zu werden. *Wofür* sollen deutsche Streitkräfte also bereit sein, ihr Leben im Rahmen von Auslandseinsätzen zu riskieren? Die Antwort auf diese grundlegende Frage, die nicht allein die Streitkräfte, sondern jeden Bürger unseres Gemeinwesens angeht, formuliert zugleich die grundlegenden Gehalte des Sinnggebungsnarrativs deutscher Außenpolitik mit. Denn, so lautet die hier vertretene Annahme, das Risiko für Leib und Leben der Schutzbefohlenen macht es unweigerlich notwendig, dass die Regierung nur solche Einsätze anordnet und das Parlament nur solchen Einsätzen zustimmt, die der Erreichung besonders zentraler Ziele deutscher Außenpolitik dienen und den grundlegenden Werten des deutschen Staats und seiner Außenpolitik entsprechen. Die Sinnggebungsnarrative bezüglich des „Soldatentods“ geben also immer auch Aufschluss über die grundlegenden Ziele und Werte deutscher (Außen-) Politik. Diese grundlegenden Ziele und Werte zu rekonstruieren und nach ihrer Entwicklung zu fragen, ist angesichts der allgemeinen Debatte um die Zukunft der deutschen Außenpolitik, deren angeblich fehlender „Grand Strategy“ bzw. dem Fehlen eines klaren Koordinaten- und Wertesystems von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Das *Wofür* des Soldatentods wird auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen mit unterschiedlicher Akzentsetzung diskutiert: neben dem Parlament als dem politischen Repräsentationsorgan der größeren Gesellschaft sind hier vor allem die Regierung und die Streitkräfte selbst zu nennen. Der Soldatentod und seine Rechtfertigung schlagen sich jedoch nicht nur in den entsprechenden Diskursen von Parlament, Regierung und Streitkräften nieder, sondern wirken sich auch auf die Beziehungen dieser Einrichtungen zueinander aus. Aus demokratietheoretischer Perspektive verweist der Soldatentod also auch auf den Aspekt der Gewaltenteilung; er wirft die Frage auf, ob und wie die Machtpotentiale innerhalb eines Gemeinwesens neu verteilt werden. So deutet etwa auf eine Machtumverteilung vom Parlament zur Regierung hin, dass das Ehrenmal für die im Einsatz getöteten Soldaten der Parlamentsarmee Bundeswehr nicht nahe dem Reichstagsgebäude, sondern auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums errichtet worden ist. Mit Blick auf gegenseitige Kontrolle als der Kehrseite von Macht stellt sich in diesem Zusammenhang weiterhin die Frage, ob sich die Loyalitäten von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Zuge von Auslandseinsätzen verschieben. So könnte eine Umverteilung der Loyalität vom Parlament zum Verteidigungsminister(ium) oder dem unmittelbaren eigenen Vorgesetzten auf eine Erschwerung der demokratischen Kontrolle der Bundeswehr hindeuten (ganz gleich ob solche Loyalitätstransfers nun aus dem Gefühl heraus erfolgen, dass die Mitglieder des Parlaments auf Basis unzureichender Kenntnis über Einsätze entscheiden oder zu wenig tun, um der größeren Gesellschaft den Sinn eines Einsatzes zu vermitteln). Für eine solche diskursanalytische Forschungsperspektive ist die Annahme zentral, dass sowohl über die Sinnggebung des Soldatentods als auch über die Ziele deutscher Außenpolitik ein fortlaufendes politisches Ringen stattfindet, das mit sprachlichen Mitteln ausgetragen wird – ein Kampf um und mit Worten, der mehr als bloßes Reden bedeutet. Entsprechend der hier vertretenen theoretischen Perspektive bestimmen Worte, Begriffe und Sinnggebungsnarrative über Möglichkeiten politischer

Gestaltung. Nur was denk- und sagbar ist, kann auch politische Realität werden. Veränderungen dieser sprachlich vermittelten Möglichkeiten- und Sinngebungsräume lassen neue politische Optionen entstehen, modifizieren politische Strategien oder schließen bestimmte Handlungsweisen aus. Auch über die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen (den drei zu erforschenden Institutionen) Parlament, Regierung und Streitkräfte wird im Rahmen von Diskursen entschieden. Veränderte Loyalitäten, Kompetenzen und Machtkonstellationen sind Resultat einer veränderten Sprache, neuer Begriffe, einer veränderten Vorstellungswelt und somit von veränderten Überzeugungen der beteiligten Akteure (bzw. der Kulturen und Gruppen, in welche diese Akteure eingebettet sind).

Vor diesem Hintergrund verfolgt das angestrebte Forschungsvorhaben zwei übergeordnete Zielsetzungen. Das erste Ziel ist auf das Wofür des Soldatentods gerichtet und besteht in einer Untersuchung der entsprechenden Rechtfertigungen durch Parlament, Regierung und Streitkräfte (*Rechtfertigungsdiskurse*); das zweite Ziel umfasst eine Untersuchung der diskursiv verhandelten Beziehungen zwischen diesen drei rechtfertigenden Institutionen, insbesondere mit Blick auf die (Um-)Verteilung so zentraler politischer Werte wie Macht, Einfluss, Kontrolle, Loyalität, Kompetenzen, Legitimation oder Autonomie (*Gewaltenteilungsdiskurse*). Beide Ziele sollen anhand einer Beantwortung der folgenden Fragen erreicht werden: Wie rechtfertigen Parlament, Regierung und Streitkräfte den Soldatentod – und wie werden dabei ihre Beziehungen zueinander beschrieben bzw. ausgestaltet? Wie haben sich die jeweiligen Rechtfertigungs- bzw. Gewaltenteilungsdiskurse von Parlament, Regierung und Streitkräften seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes bis Ende 2012 entwickelt – und welche Gemeinsamkeiten bzw. Differenzen bestehen zwischen ihnen?*

3. Stand der Forschung

Der Forschungsstand zum „Soldatentod“ erweist sich als vielschichtig (vgl. etwa die interdisziplinär angelegten Sammelbände von Hettling/Echternkamp 2008, Hauswedell 2009 und Dörfler-Dierken/Kümmel 2010). Dissens herrscht vor allem mit Blick auf die Frage nach dem Wofür der Auslandseinsätze und des damit verbundenen Todes deutscher Soldatinnen und Soldaten. Neben Verweise auf einen „Kernbestand von Prinzipien und Normen“, die der deutschen Außenpolitik als wichtiger Handlungsrahmen dienen und – wie die Verpflichtung „auf internationale Friedenspolitik“ (Maul 2008: 128) – im Grundgesetz ex- oder implizit verankert wurden, tritt immer häufiger die Idee, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr auch durch spezifische nationale (Wirtschafts-) Interessen legitimiert werden (Bierling/Strobel 2010: 156f.; Pleuger 2009: 137; vgl. auch Dörfler-Dierken 2010: 148). So hätten die schließlich zu seinem Rücktritt führenden Äußerungen des früheren Bundespräsidenten Köhler in naiver Weise mit der „Lebenslüge“ deutscher Außenpolitik gebrochen, wonach Auslandseinsätze einer „reinen Friedens- und Demokratiemission“ dienten (Krippendorff 2010: 92). Durch eine solche „Umdeutung verfassungsrechtlich relevanter Begrifflichkeiten“ drohe indes das Friedensgebot „als handlungsleitende Norm abhanden zu geraten“ – eine Norm, die es gegen andere Kategorien – insbesondere Verteidigung, Sicherheit, Interesse – „noch klarer zu konturieren“ gelte (Jaberg 2008: 83). Während das Weißbuch 2006 neben Sicherheit auch Macht, Einfluss und Wohlstand zu Werten erkläre, die unter Einsatz des Militärs zu wahren oder zu mehren sind, sei völker- und verfassungsrechtlich jedoch bloß die eigene

* Aufgrund der letztlich begrenzten Ressourcen des geplanten Forschungsvorhabens können die im Blick auf die Frage nach der Gewaltenteilung ebenfalls relevanten Soldatentod-Diskurse in den Medien und der Jurisprudenz nur sehr selektiv mitberücksichtigt werden. Zur Debatte innerhalb der (Sozial-)Wissenschaft siehe Abschnitt 5. Weiterhin werden Selbsttötungen, Unfälle und Verwundungen (einschließlich der sogenannten posttraumatischen Belastungsstörungen) als Varianten des Soldatentod-Phänomens verstanden. Die Tötung von im Ausland eingesetzten Soldaten durch Fremdeinwirkung bildet gewissermaßen den Kristallisationspunkt der Entwicklungen bundesdeutscher Politik, die im Fokus der Analyse stehen (gleich mitbeantwortet werden dürfte im Rahmen des Projekts die Frage, für welche Werte Bundeswehresoldaten ihrerseits zu töten bereit sein sollen).

Verteidigung statthaft, nicht die Mehrung von politischer Macht, Einfluss und Wohlstand (ebd.: 97).

Unstrittig ist, dass die neue, im Afghanistan-Einsatz kulminierende Einsatzrealität der Bundeswehr (Dörfler-Dierken 2010: 155) zu einer „allmählichen Häufung von Einsatztoten“ führt (Naumann 2009: 205; vgl. Meyer 2011: 205). Dieser Entwicklung sprechen die wissenschaftlichen Experten eine beachtliche, multidirektionale Wirkmacht zu, gerade auch hinsichtlich ihrer ethisch-moralischen Dimension. Mit immer größerer Dringlichkeit stelle sich vor allem die schwierige Frage nach dem Sinn, den der Soldatentod für unsere Gesellschaft haben soll: „Wie ist er zu rechtfertigen? Wie kann das Gemeinwesen diese Toten erinnern?“ (Hettling 2008: 18). Eine Studie der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) gelangt zu dem Ergebnis, dass einigen Soldatinnen und Soldaten „die Leitidee, der grundsätzliche Existenzgrund der Bundeswehr“, eine Antwort auf die Frage nach dem Wofür also, fehle. Angesichts des zunehmenden Gewichts „von genuin soldatischen Aufgaben (der Kampf, das Töten und die Bereitschaft, sein Leben zu geben)“ werde jedoch „auch verstärkt die Frage nach dem tieferen Sinn gestellt“ (Bake 2010: 135).

Veränderungen des öffentlichen Sprachgebrauchs in Zusammenhang mit dem Soldatentod stehen im Zentrum des Interesses von Angelika Dörfler-Dierken (2010). Dass am 24. Oktober 2008 erstmals ein deutscher Verteidigungsminister erklärte, deutsche Soldaten seien „im Einsatz für den Frieden gefallen“, fasst sie als „Melange von soldatischem Traditionalismus und politischem Kalkül“ (ebd.: 154). Den Toten der Streitkräfte werde auf diese Weise zuerkannt, einen besonders ehrenhaften Tod – auch im Vergleich zu zivilen Helfern – erlitten zu haben, die Sinngabe dieses Todes solle sich von dunkleren Tagen der deutschen Geschichte gleichwohl deutlich unterscheiden. In den regierungsamtlichen Diskursen dient der Soldatentod nicht unmittelbar und exklusiv dem Vaterland, sondern dem „Frieden“ – und zwar laut Grundgesetz dem Frieden der ganzen Welt. Dies lasse sich zugleich als Versuch interpretieren, die Differenzierung zwischen Gefallenen und Getöteten zu suspendieren, die Münkler zufolge den Unterschied zwischen den Toten der klassischen Kriege und denen der militärischen Interventionen markiert. Die solcherart vorgenommene Vermengung des Friedensbegriffs des Grundgesetzes mit dem alten Vokabular von „Krieg, Kampf und Gefecht“ fordere eine Überprüfung des Mandats und die Stellungnahme der Bevölkerung geradezu heraus (Dörfler-Dierken 2010: 153).

Seitens der Streitkräfte wird die Frage nach dem Wofür des Soldatentods mit innermilitärischen Deutungsmustern unterlegt, „die nur auf die Funktion des Betroffenen, auf seine Leistung im Kampf und sein Pflichtbewusstsein abheben“ (Schmidt 2008: 67). So argumentierte etwa der frühere Vorsitzende des Bundeswehrverbands, Oberst Bernhard Gertz, dass der Begriff „gefallen“ der Logik des Befehls gehorche und damit dem Soldatentod im Einsatz einen höheren Sinn verleihe; wer als Kämpfer im Krieg gegen Terroristen tätig sei, erleide einen besonderen Tod. Es gehe darum, das Selbstopfer der getöteten Soldaten sinnstiftend zu interpretieren (paraphrasiert nach Dörfler-Dierken 2010: 144). Diese Forderung korrespondiert mit dem Befund, die Soldatinnen und Soldaten monierten, dass die Gesellschaft keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn der Streitkräfte und ihrer Einsätze formuliere (Bake 2010: 134). Auch die Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 Innere Führung unterstütze dieses Selbstbild, insofern deren Wertekanon „zwar vom Grundgesetz her interpretiert werden soll“, jedoch an traditionelle soldatische Selbstbeschreibungen angeschlossen bleibe und die Soldatinnen und Soldaten als „tapfer – treu und gewissenhaft – kameradschaftlich (...) – diszipliniert“ bezeichnet würden (Dörfler-Dierken 2010: 154; vgl. Biehl 2010: 155).

Ähnlich beschreibt auch Klaus Naumann den Ton der offiziellen Traueransprachen als „zwischen der Anrufung übernationaler humanitärer Werte und der Bekräftigung zeitloser Soldatentugenden“ changierend (Naumann 2008: 172). Im Mikrokosmos der Trauerfeiern stießen remilitarisierte Streitkräfte, „deren traditionelles Wertesystem offenbar die stabilste Legitimationsquelle für die Rechtfertigung existentieller Verluste zur Verfügung“ stelle, auf eine demilitarisierte und postheroische Gesellschaft und Politik, „die für die existenziellen Konsequenzen ihrer eigenen Sicherheitsbedürfnisse kaum noch eine angemessene Sprache oder verbindliche Riten zur Verfügung hat, weil sie vollends damit beschäftigt ist, den Tod – die ultimative Herausforderung personaler Sicherheit – auf

Distanz zu halten“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund stehe zu befürchten, dass sich die öffentliche Sprache immer mehr den Erwartungen der Streitkräfte annähere, sich so zusehends weiter martialisiere und zu einer Sprache werde, die in der friedlichen deutschen Zivilgesellschaft nicht gesprochen wird (Dörfler-Dierken 2010: 150).

Kontrovers diskutiert werden im Forschungsstand auch die möglichen Auswirkungen des Soldatentods auf die innergesellschaftliche Verteilung von zentralen politischen Werten wie Macht und Kontrolle. Dörfler-Dierken (2010) zufolge erlebten sich die deutschen Soldaten selbst als dazu bereit, das eigene Leben „für das deutsche Volk“ zu opfern. Aus Sicht der Soldaten würde die Gesellschaft diese Haltung aber nicht „ehren“, während der Dienstherr aus juristischen Gründen den Begriff Krieg meide. Ungeachtet einer allgemeinen Tendenz zur „Ästhetisierung von Gewalt“ bliebe die Gesellschaft gegenüber dem Rückgriff auf eine von Pathos getragene Verknüpfung der Begrifflichkeiten Ehre und Tod – ganz im Sinne des Münklerschen Diktums von der postheroischen Gesellschaft – skeptisch eingestellt. Die Soldatinnen und Soldaten würden als Reaktion auf diese Zurückhaltung „dazu neigen, ein elitäres Sonderethos auszubilden, sich als eine Elite zu verstehen, die besondere Opfer bringt.“ Die derart veränderte Wir-Identität sei vom Selbstbild bestimmt, „nötigenfalls sein Leben dahinzugeben für ein Vaterland und eine Gesellschaft, die des Selbstopfers eigentlich nicht wert“ sei. Durch die „Wiederbelebung alter soldatischer Ehrbegriffe“ würden die Soldatinnen und Soldaten sich selbst zu einer Statuselite ernennen. Als unmittelbare Folge des Auslandseinsatzes und des dabei empfundenen hohen Risikos für Leib und Leben führe diese elitäre Abgrenzungstendenz dazu, dass sich die Streitkräfte – besonders die Offiziere – als Kämpfer und Krieger verstünden, die nach Ehrbezeugungen seitens der Gesellschaft und des Staates verlangen. Das Konzept des Staatsbürgers in Uniform liefere hingegen kaum Möglichkeiten dieser Forderung zu entsprechen, so dass ein Konflikt mit der Zivilgesellschaft entstände (ebd.: 152ff.).

Eine weitere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze in zwei Gruppen geteilt werde: in eine Gruppe, die über Einsatzerfahrung verfüge und in eine zweite, die an den Einsätzen nicht unmittelbar partizipiere. Im Laufe des Auslandseinsatzes erfolge eine „zweite militärische Sozialisation“, an deren Ende aus dem Soldat ein „Einsatzsoldat“ werde, als Teil einer „Einsatzkameradschaft“. So entstehe eine „einsatzspezifische Gemeinschaft“, die sich durch eine Identität mit eigenen Handlungs- und Denkmustern auszeichne. Diese Einsatzkultur tradiere sich seit nunmehr 1992 von Auslandseinsatz zu Auslandseinsatz, von Kontingent zu Kontingent fort (Tomforde 2010: 206). Gerade die real gewordene Verletzungs- und Tötungsgefahr führe dazu, dass die Soldatinnen und Soldaten über informelle interne Strukturen einsatzspezifisches Wissen zur Vorbereitung auf den Auslandseinsatz erwerben und weitergeben und auf diese Weise die sogenannte „Subkultur Einsatz“ reproduzieren (ebd.: 209). In diesem Zusammenhang verweist Tomforde auf die gängige Praxis, die ordentlichen Uniformnamensschilder der im Ausland eingesetzten Soldatinnen und Soldaten vorschriftswidrig zu modifizieren. Oft würden dort Kosenamen in die korrekte Namensbezeichnung integriert, um die Zugehörigkeit zur kameradschaftlichen Ersatzfamilie zu symbolisieren (ebd.: 211). Die „Subkultur Einsatz“ unterläuft also der Tendenz nach die Werte Disziplin und Formalismus der offiziellen Bundeswehrkultur.

Militärischer Subkulturen nimmt sich auch Erhard Stölting an. Er versteht sie als „informelle Strukturen“ im Sinne sozialer Regelwerke, die nicht schriftlich fixiert wurden, das Funktionieren von Organisationen jedoch überhaupt erst ermöglichen. Diese informellen Regeln bestimmen darüber, wie mit offiziellen, schriftlich fixierten Regeln umzugehen sei. Dabei sähe sich ein Mitglied „häufig subjektiv nicht der Organisation als ganzer unmittelbar verpflichtet, sondern nur vermittelt über die spezifische innerorganisatorische Subkultur, in die es integriert ist“. Für Soldatinnen und Soldaten bedeutet dies, dass sie sich der Armee bzw. dem Staat in dem Maße verpflichtet fühlen, wie es die spezifische innerorganisatorische Subkultur verlange (Stölting 2010: 34f.). Wie sich eine schleichende Veränderung dieser „informellen Strukturen“ auf die Ausgestaltung der Loyalitäts- und Machtverhältnisse zwischen Parlament, Regierung und Streitkräften auswirkt, steht im Zentrum des angestrebten Forschungsvorhabens.

Zweifellos hat die immer lebensgefährlichere Einsatzrealität den Bedarf an gedenkender Sinnstiftung in der diesbezüglich bis in die frühen 1990er Jahre vollkommen unerfahrenen bundesdeutschen Gesellschaft verstärkt. Als ein Grundproblem erweist sich hierbei, dass die bundesdeutsche Gedenkpraxis bislang den Opfern von Krieg und Gwalt Herrschaft galt, sich heute aber die Frage stellt, wie toten Soldaten gedacht werden soll, die „auf der Grundlage parlamentarischer Entscheidungen in Auslandseinsätze geschickt“ worden sind (Hettling/Echternkamp 2008: 7). „Denn wer Soldaten zu aktivem kriegerischem Handeln entsendet, kann die Gefallenen kaum als »Opfer von Krieg und Gwalt Herrschaft« in Erinnerung behalten“ (Hettling 2008: 15). Während als unmittelbare Reaktion auf den Soldatentod zunächst in den Feldlagern improvisierte Orte des Gedenkens entstanden, ließ die Bundesregierung im September 2009 unweit des Verteidigungsministeriums ein offizielles Ehrenmal für die *meisten* der seit Gründung der Bundeswehr im Dienst ums Leben gekommenen Soldaten errichten.[†] Besonders Ort und Ausgestaltung dieses Ehrenmals sowie die in diesem Zusammenhang geführten bzw. nicht geführten Diskussionen wurden in jüngerer Zeit Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen.

Nach Koselleck (1979: 257) zielt jede Form des „politischen Totenkults“ letztlich darauf ab, die Sinnhaftigkeit des Soldatentods in Form von Denkmälern zu symbolisieren (vgl. auch Hettling 2008: 18; Palonen 2004: 286). Während die private Erinnerung der Toten als ehemals Lebende gedenken möchte, setze sich der öffentliche „Gefallenenkult“ mit „dem Charakter und der Bedeutung, mit dem Sinn ihres Todes“ auseinander (Kruse 2008: 34). Das „Dilemma militärischen Totengedenkens in der postheroischen Gesellschaft“ bestehe jedoch darin, „dass die Gesellschaft solche Erinnerung zwecks Selbstvergewisserung nicht braucht, ja geradezu ablehnt, wohingegen die Politik ihrer bedarf, um darüber generalisierten Dispens für die Opfer der Einsätze zu erlangen“ (Münkler 2008: 28). Im Fall des neuen Ehrenmals der Bundeswehr sei angesichts der postheroischen Grundhaltung der Gesellschaft besonders problematisch, dass darin „eine ungewollte Legitimation gegenwärtiger und vor allem zukünftiger Einsätze“ gesehen werden könne. Da „das vertraute Totengedenken sich auf prinzipiell abgeschlossene Ereignisse“ beziehe und „gleichsam einen Schlussstrich unter sie“ darstelle, führe das neue Ehrenmal in der deutschen Öffentlichkeit zu Irritationen „über neue Formen des Krieges, in die man mit einem Mal verwickelt ist“ (ebd.: 204). Diese Verlagerung von einer bislang ex post vollzogenen Identitätsstiftung durch die Überlebenden hin zu einer ex ante formulierten Sinnstiftung des sich erst zukünftig ereignenden Todes deutscher Soldaten markiere ein Novum im politischen Totenkult Deutschlands (Kruse 2008: 44). Die Öffentlichkeit, argumentiert Klaus Naumann, sei jedoch nicht dazu bereit, den Tod der im Auftrag der Republik tätigen Soldaten als *Sacrifice* zu identifizieren, sondern fasse die Toten stattdessen als *Victims* auf. Da die Verluste nicht im Rahmen von unausweichlichen *Wars of Necessity* erlitten, sondern heute nur noch *Wars of Choice* geführt würden, fiele die politisch notwendige Aufgabe der Begründung dieser Verluste in einer postheroischen Gesellschaft alles andere als leicht. Hier zeige sich, dass die Republik auf ein „Bündnis mit ihren Toten“ angewiesen sei, wenn sie mit dem Problem fertig werden wolle, ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger auf bewaffnete Auslandsmission und damit in den – möglichen – Tod zu schicken (Naumann 2008: 164f.; vgl. Meyer 2011: 212). Sollten Streitkräfte und Gesellschaft die Rahmenbedingungen der Bundeswehr und ihrer Einsätze jedoch zunehmend unterschiedlich interpretieren, drohten nicht nur zivil-militärische Missverständnisse und kognitive Dissonanzen, sondern womöglich sogar Gefahren „für die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft“ (von Bredow 2010: 123) und damit eine deutliche Erschwerung von deren demokratischer Kontrolle.

In der Gesamtschau wird erkennbar, dass das Phänomen „Soldatentod“ auf unterschiedliche Art und Weise Gegenstand wissenschaftlicher Analyse geworden ist. Verschiedenste Erkenntnisinteressen leiteten die konkrete Forschungsarbeit an. Dennoch stellt die Untersuchung der im Rahmen von Sinnstiftungsdiskursen formulierten Antworten auf die Frage nach dem Wofür des Soldatentods einen gemeinsamen

[†] Jenen Soldatinnen und Soldaten, die sich während ihrer Dienstzeit das Leben nahmen, wird dort jedoch nicht gedacht.

Bezugspunkt zwischen den meisten der hier referierten Arbeiten dar. Im Forschungsstand herrscht große Einigkeit darüber, dass die spezifischen, an den Soldatentod geknüpften Sinngebungen und Rechtfertigungen einen besonders lohnenden Untersuchungsgegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse darstellen. Dies nicht allein weil sich aus der Rekonstruktion der in Zusammenhang mit dem Soldatentod formulierten Antworten auf die Frage nach dessen Sinn wichtige Rückschlüsse auf den *außenpolitischen Kurs* und das Selbstverständnis deutscher Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik ziehen lassen, sondern auch, weil diese Rechtfertigungsdiskurse Aufschluss über die Entwicklung der *inneren Verfasstheit* der Bundesrepublik ermöglichen und den Blick lenken auf die demokratietheoretisch höchst relevante Frage nach den Beziehungen von Parlament, Regierung und Streitkräften. Eine systematische Rekonstruktion dieser Diskurse ist seitens der Wissenschaft bislang noch nicht erfolgt und soll im Rahmen des angestrebten Forschungsvorhabens unternommen werden.

4. Eigene Vorarbeiten

Die eigenen Vorarbeiten der beiden Projektverantwortlichen gliedern sich in die drei Aspekte i) Methodologie und Methode, ii) Theorie und iii) Gegenstandsbezug. i) Mit Blick auf den Aspekt „Methodologie und Methode“ basiert das angestrebte Forschungsvorhaben auf einer kombinierten Anwendung der Methoden, die von Grounded Theory und objektiver Hermeneutik bereitgestellt werden. Im Rahmen ihrer Dissertationen zur Entwicklung der deutschen Außenpolitik seit der Deutschen Einheit (Roos 2010) und zur Frage des Fortbestands der NATO nach 1989 (Franke 2010) haben die Projektverantwortlichen sehr gute Erfahrungen mit der Anwendung von Grounded Theory und objektiver Hermeneutik auf politikwissenschaftliche Fragen gemacht. Entsprechend haben sie die beiden Ansätze im „Handbuch der Internationalen Politik“ einer breiteren Fachöffentlichkeit vorgestellt (Franke/Roos 2010b). Darüber hinaus führt einer der Projektverantwortlichen seit acht Semestern sogenannte „Lehrforschungsprojekte“ an der Universität Augsburg durch, deren methodischer Kern darin besteht, Studierende unter Rückgriff auf Grounded Theory und objektive Hermeneutik sozialwissenschaftliche Forschung betreiben zu lassen. Im Winter 2013 ist ferner das von den beiden Projektverantwortlichen herausgegebene „Handbuch Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung“ in der renommierten Reihe Forschungsstand Politikwissenschaft des Nomos-Verlags erschienen. ii) Was die theoretische Grundlegung des Forschungsvorhabens anbetrifft, so haben die Projektverantwortlichen ein von der pragmatistischen Philosophie und Gesellschaftstheorie inspiriertes Modell entworfen, in dem allein der Mensch als Akteur konzeptualisiert wird, während die ihn einbettenden Gebilde wie Familie und Staat (samt seiner Organe), aber auch Unternehmungen oder (zwischenstaatliche) Organisationen als „Strukturen kollektiven Handelns“ gefasst werden (Franke/Roos 2010a). Neben den erwähnten Monographien (Franke 2010; Roos 2010) finden sich weitere Vorarbeiten, die für den konzeptionellen Rahmen des geplanten Vorhabens wichtig sind, in Co-Autorschaften eines der Projektverantwortlichen zum Pragmatismus (Franke/Weber 2012) und einer Untersuchung des politischen Gehalts von populärer Musik (Franke/Schiltz 2013). iii) Vorarbeiten, die einen klaren Bezug zum Gegenstand der angestrebten Untersuchung der Wirkungen des Soldatentods aufweisen, finden sich schließlich in der genannten Dissertation eines der Projektverantwortlichen zur deutschen Außenpolitik (Roos 2010; Roos 2012) sowie in dessen co-produzierter Studie zur Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (Hellmann/Roos 2007).

5. Methodologie

Sowohl der theoretische Zugriff auf den „Soldatentod“ als auch das methodische Vorgehen zur Beantwortung der Fragen, wie dieser gerechtfertigt wird und welche

Wirkungen sich daraus auf das Verhältnis der rechtfertigenden Institutionen Parlament, Regierung und Streitkräfte ergeben, wurzeln in der Philosophie und Gesellschaftstheorie des Amerikanischen Pragmatismus (vgl. Peirce 1992; Mead 1973; Dewey 2008). Eine pragmatistische Perspektive auf die Welt ist dadurch gekennzeichnet, dass sie menschliches Handeln (*Praxis*) in den Vordergrund rückt. Dabei wird menschliches Handeln stets als soziales Handeln aufgefasst, das von Überzeugungen (*beliefs*) angeleitet wird. Jede Überzeugung stellt eine Handlungsregel (*rule for action*) dar. Von der pragmatistischen Philosophie und Gesellschaftstheorie inspirierte Vorgehensweisen setzen genau an diesem Punkt an, indem sie die Untersuchung solcher – bewusst oder unbewusst befolgten – Handlungsregeln und Sinnzuschreibungen zu ihrer Kernaufgabe machen.

Im Zuge seiner Erklärung der Entstehung von Öffentlichkeit verweist Dewey (2001 [1927]) auf die weite Verbreitung „problematischer Situationen“ (Krisen), die aus zumeist unbeabsichtigten indirekten Folgen menschlichen Handelns resultieren und deren Bearbeitung die Fähigkeiten von Individuen übersteigt. Bei der kollektiven Bewältigung solcher „problematischer Situationen“ werden Krisenlösungen in Form von Handlungsregeln geschaffen, welche die indirekten Folgen, die ein Problem hervorgebracht haben, in die gewünschte Richtung lenken sollen. Bewähren sich solche krisenlösenden Handlungsregeln, werden sie zu Routinen, die das menschliche Handeln solange anleiten, bis sich eine neue problematische Situation, eine neue Krise anbahnt und der Prozess der kollektiven Krisenbewältigung aufs Neue beginnt. Handelnde, seien es Individuen oder Kollektive, sind in Krisen also stets mit der Frage konfrontiert, wie es weitergehen soll. Wollen sie ihre Autonomie wahren, *müssen* sie zu einer Antwort finden und diese später rechtfertigen (und sei es *nur* vor sich selbst). Handeln kann somit auch als „widersprüchliche Einheit von Entscheidungszwang und Begründungsverpflichtung“ (Oevermann 1991: 297) gefasst werden.

Die Untersuchung der Wirkungen des Soldatentods hat nun das Handeln von Vertretern des Parlaments, der Regierung und der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland zum Gegenstand. Im Anschluss an Dewey werden dabei Parlament, Regierung und Streitkräfte, aber auch die Staaten, denen sie angehören, als krisenlösende „Strukturen kollektiven Handelns“ (Franke/Roos 2010) begriffen. Strukturen kollektiven Handelns finden sich auf sämtlichen Aggregationsniveaus menschlichen Lebens – von der Kleinfamilie, einem Sportverein oder einer Schulkasse, über den Staat und seine Institutionen, bis hin zu global tätigen Unternehmen oder internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union. Eine Struktur kollektiven Handelns umfasst die Gesamtheit der zur Bewältigung eines Handlungsproblems geschaffenen Regeln und Sinngebungen. Für die Erforschung des Soldatentods sind die Handlungsregeln von entscheidender Bedeutung, die das Sinngebungs-narrativ konstituieren, welches einer Struktur kollektiven Handelns zugrunde liegt und die deren Beziehungen zu anderen Strukturen kollektiven Handelns definieren. Das Erkenntnisinteresse gilt also jenen Handlungsregeln, die das Wofür des Soldatentods formulieren und über die Beziehungen zwischen jenen Institutionen bestimmen, bei deren Repräsentanten die Verantwortung für den Soldatentod liegt. Insofern Strukturen kollektiven Handelns immer auch sinnstiftend für die in ihnen zusammengeschlossenen Menschen wirken, wirft das Soldatentod-Projekt in letzter Instanz also die Frage nach den Zielen der Außenpolitik des deutschen Gemeinwesens und dem Sinn der Einsätze von dessen Militär auf. Dabei wird der pragmatistische Analyserahmen durch Foucaults Diskursbegriff erweitert, um den sprachanalytischen Fokus auf den „sonderbaren Kampf [...] eine Auseinandersetzung, einen Kräftevergleich, ein Gefecht um Worte und mittels Worten“ (Foucault 1975: 9) zwischen den Repräsentanten der drei untersuchten Strukturen kollektiven Handelns zusätzlich zu unterstreichen.

Wie angedeutet baut das angestrebte Forschungsvorhaben jedoch nicht nur dort auf den Grundüberzeugungen des Amerikanischen Pragmatismus auf, wo es darum geht, einen theoretischen Zugriff auf den Gegenstand der Untersuchung zu entwickeln. Für die Erforschung der wieder aktuell gewordenen Problematik des Soldatentods ist der Pragmatismus auch bei methodologischen Überlegungen und Fragen zur Vorgehensweise

von großer Bedeutung. Denn im Zentrum pragmatistisch inspirierter Sozialforschung steht – entsprechend der Auffassung von Handeln als regelgeleiteter sozialer Praxis – die Rekonstruktion der Regeln, die dieses Handeln angeleitet und hervorgebracht haben. Die Durchführung solcher Rekonstruktionen wird dadurch ermöglicht, dass Handeln infolge seiner Regelgeleitetheit stets auf *Sinn und Bedeutung* verweist und daher wie ein Text gelesen werden kann.

Bedeutung verweist in pragmatistischer Perspektive primär auf „etwas“ Objektives, intersubjektiv Geteiltes. Die Entstehung objektiver Bedeutung hat Mead anhand der Gestenkommunikation verdeutlicht. Demnach ist es die Reaktion eines Vertreters einer Gattung auf die (vokale) Geste eines anderen, welche diese Geste zu etwas Objektivem macht, zu etwas, das durch objektiven Sinn bzw. objektive Bedeutung konstituiert ist. Sobald eine vokale Geste für das Exemplar einer Gattung, das die Geste hervorbringt, die (annähernd) gleiche Bedeutung trägt wie für das Exemplar, welches darauf reagiert, ist die Geste zu einem „signifikanten Symbol“ geworden, „zu dem, was wir ‚Sprache‘ nennen“ (Mead 1973: 85). Entsprechend werden subjektive Bedeutungszuschreibungen (Intentionen) erst möglich, nachdem intersubjektiv geteilte, objektive Bedeutungen vorliegen. Die (objektive) Bedeutung einer Äußerung wurzelt also nicht in deren „subjektivem“ Sinn (der Intention des Sich-Äußernden etwa), sondern hängt von den Reaktionen der sozialen Umwelt ab. Kurz: Äußerungen bedeuten ihre Wirkung (Peirce 1966: 192).

In diesem Zusammenhang gilt es zudem eine Antwort auf die Frage zu finden, wie regelgeleitetes soziales Handeln, das durch objektive Bedeutung konstituiert und somit wie ein Text lesbar ist, zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung gemacht werden kann, obwohl Handeln doch in der Flüchtigkeit des Hier und Jetzt, der Sphäre unmittelbaren Erlebens erfolgt. Diesem methodologischen Grundproblem wird dadurch Rechnung getragen, dass Handlungen nur dann wie Texte gelesen und gedeutet werden können, wenn sie der Unmittelbarkeit ihres Sich-Ereignens in Form eines Protokolls entrissen und somit gleichsam auf Dauer gestellt worden sind (Oevermann 2001: 35ff.).

Die Lesbarkeit von sozialem Handeln hängt nicht davon ab, dass die Protokolle, welche dieses Handeln der Flüchtigkeit des Hier und Jetzt entreißen, aus schriftsprachlichen Texten bestehen. Da sie durch objektive Bedeutung konstituiert sind, können auch Tapferkeitsmedaillen oder Gedenkstätten interpretiert werden. Sie müssen zuvor jedoch versprachlicht werden. Dass der Fundus der im Rahmen des angestrebten Forschungsvorhabens zu untersuchenden Quellen weitestgehend auf Dokumente der Schriftsprache wie Parlamentsprotokolle, Regierungserklärungen oder Interviewäußerungen von Bundeswehrsoldaten beschränkt bleibt, ist dennoch unproblematisch. Aus pragmatistischer Sicht ist Sprechen Handeln, denn jede Äußerung ist eine Entscheidung, stellt eine Auswahl aus einer Menge möglicher Alternativen dar. Über den Sinn bzw. die Bedeutung menschlichen Sprechens als Handeln bestimmen nicht die Handelnden selbst. Stattdessen wird der Sinn eines spezifischen (Sprech-)Handelns durch die Reaktionen bzw. Interpretationen der sozialen Umwelt bestimmt. Wie die ebenfalls auf Interpretation basierende methodische Vorgehensweise des geplanten Forschungsvorhabens gestaltet werden soll, ist Gegenstand des folgenden Abschnitts.

6. Methode

Die beiden Forschungsfragen (nach dem „Sinn“ des Soldatentods und den Beziehungen der diesen rechtfertigenden Institutionen Parlament, Regierung und Streitkräfte) sollen auf dem Weg der Interpretation von Texten beantwortet werden. Da jeder Ausschnitt der Welt, der zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Analyse gemacht wird, als Text aufgefasst wird, kommt der Auswahl der zur Beantwortung einer bestimmten Forschungsfrage heranzuziehenden Texte (oder Textgattungen) besondere Bedeutung zu. Eine zentrale Differenz ist dabei jene zwischen Texten, die nur bzw. maßgeblich durch das Zutun der Forscher entstanden sind, und Texten, in denen eine für relevant erachtete soziale Praxis sich schon selbst beschrieben hat. Zum ersten Typ zählen beispielsweise Interviews, zum zweiten etwa Protokolle von Parlamentssitzungen oder

Regierungserklärungen. Im Rahmen des geplanten Forschungsvorhabens wird eine Forschungsstrategie angestrebt, die auf beiden „Datentypen“ basiert. Zwar wird veröffentlichten Verlautbarungen von Parlament, Regierung und Streitkräften Vorrang eingeräumt, doch sollen Interviews gezielt an jenen Stellen eingesetzt werden, an denen eine besondere Tiefe angezeigt ist, wichtige Hintergrundinformationen nicht anders beschafft werden können und neue Daten generiert werden müssen.

Im Einzelnen kommen mit Blick auf die Forschungsfrage folgende Textgattungen für eine Interpretation in Betracht:

- (Parlaments-)Reden von Abgeordneten (insbesondere von Angehörigen der Fraktionsführungen oder des Parlamentspräsidiums etwa),
- Anträge von Fraktionen,
- Beschlüsse des Plenums,
- offizielle Verlautbarungen des Wehrbeauftragten,
- Kabinettsbeschlüsse und (offizielle) Verlautbarungen von Kanzler(in) und einschlägigen Minister(inne)n oder
- offizielle Äußerungen von Angehörigen der Bundeswehr, vom Generalinspekteur und den Spitzen der Teilstreitkräfte bis zu den untersten Dienstgraden und freiwillig Wehrdienstleistenden (in der Grundausbildung).

Neben diesen konventionellen Daten sollen auch für die Politikwissenschaft eher untypische Textgattungen untersucht werden, etwa:

- offizielle Beileidsbekundungen an die Hinterbliebenen von im Einsatz getöteten Soldaten,
- allgemeine Formen des Gedenkens wie die Rahmung von Schweigeminuten, die Abläufe von Trauerfeiern, Staatsakten und Gedenktagen oder
- die künstlerische Gestaltung (zumindest aber die Inschriften) von Mahn- und Ehrenmalen für getötete Soldaten.

Von der Form des Datenmaterials unabhängig ist derweil die Frage, wie die jeweiligen Texte, anhand derer die Forschungsfrage beantwortet werden soll, zu interpretieren sind. Die Projektverantwortlichen favorisieren ein rekonstruktives Vorgehen, wie es kennzeichnend ist für die *Grounded Theory* in der Variante von Strauss/Corbin (1990) und die objektive Hermeneutik von Oevermann (1996 und 2000). Beiden Ansätzen liegt die Idee zugrunde, dass die Bedeutung eines Textes mithilfe der Handlungsregeln erschlossen werden kann, die den Text erzeugt haben. Konkret wird das dreigliedrige Kodierverfahren der *Grounded Theory* – offenes, axiales und selektives Kodieren – angewendet und auf methodischer Ebene durch die Sequenzanalyse der objektiven Hermeneutik ergänzt. Handwerklich gestaltet sich die Vorgehensweise wie folgt (vgl. hierzu auch Franke 2010; Roos 2010; Franke/Roos 2010):

Im Kern aller sogenannten qualitativen Methoden der Sozialforschung steht die Vorstellung, menschliche Handlungen und von Menschen geschaffene Institutionen durch die Interpretation ihrer Bedeutung erklären zu können. Dabei stellt es das Ziel der Verfahren der *Grounded Theory* dar, eine Theorie – im Sinne einer Erklärung – bezüglich der jeweils aufgeworfenen Fragestellung zu entwerfen. Diese Theorie soll Resultat der methodisch kontrollierten Interpretationsarbeit der Forscher sein. Obwohl der Rückgriff auf vorgängige Wissensbestände (wie den skizzierten Forschungsstand) die Interpretationsarbeit unterstützt, erweist sich die Grundhaltung als forschungsleitend, möglichst offen zu sein für neue Schlüsse, Ideen und Hypothesen – für neue Erklärungen der aufgeworfenen Frage(n). Der Rückgriff auf möglichst umfassendes Vor- bzw. Kontextwissen dient der Vergrößerung der Fallsensibilität. Neben der Interpretation des Datenmaterials stellt das Vertiefen des fallspezifischen Kontextwissens entsprechend ein wichtiges Element des Arbeitsprozesses dar.

Bezüglich der Datenauswahl gilt, dass über die zur Analyse herangezogenen Texte nicht entlang zuvor definierter Kriterien zu Beginn des Forschungsprozesses entschieden wird. Gemäß dem Verfahren des „theoretical sampling“ werden die Fallauswahlentscheidungen stattdessen stets aufs Neue auf Grundlage der bislang formulierten Interpretationen getroffen. Dabei stehen die Prinzipien der minimalen und maximalen Kontrastierung im Vordergrund. Minimale Kontrastierung impliziert die zielgerichtete Auswahl solcher Daten, von denen zu erwarten ist, dass sich in ihnen eine bestimmte, bereits rekonstruierte Eigenschaft des Untersuchungsgegenstands finden lässt. Möglichst zielgerichtet im Sinne

eines induktiven Verfahrens sollen die sich entwickelnden Überlegungen so mit möglichst vielen neuen Datensätzen plausibilisiert werden. Maximale Kontrastierung verweist dagegen auf die konsequente Auswahl solcher Daten, von denen zu erwarten ist, dass sie im Sinne eines abduktiven Schlusses eine Revision der bereits formulierten Hypothesen erzwingen. Dies hat den Zweck, die externe Validität der Befunde zusätzlich zu steigern. Den Forschungsprozess bestimmt also das Zusammenspiel von Deduktion, Induktion und Abduktion. Die dabei zur Anwendung gebrachte Interpretationstechnik berücksichtigt verschiedene Verfahren, die Anselm Strauss (1994) als offenes Kodieren, axiales Kodieren und selektives Kodieren bezeichnet hat. Obwohl das offene Kodieren immer am Anfang steht, sind diese Kodierverfahren jedoch nicht als getrennte Phasen des Forschungsprozesses zu verstehen. Es handelt sich bei ihnen um gleichzeitig zu berücksichtigende und sich wechselseitig unterstützende Elemente derselben Interpretationstechnik.

Beim offenen Kodieren werden Hypothesen bezüglich der Eigenschaften des Gegenstandes formuliert und in sogenannten Memos verschriftet. Dieser Vorgang setzt sich bis zum Ende des Forschungsvorhabens fort. Um die Präzision und Reichweite der gefertigten Interpretation zu erhöhen, wird im Rahmen des offenen Kodierens zusätzlich auf die Sequenzanalyse der objektiven Hermeneutik zurückgegriffen. Dies bedeutet, dass einige ausgewählte Sequenzen in Ergänzung der Sequenzanalyse des Grounded Theory-Verfahrens auch nach dem noch aufwändigeren Verfahren der Sequenzanalyse der objektiven Hermeneutik interpretiert werden. Im Kern dieses Verfahrens steht die Idee der Sequentialität, der gemäß jede Handlung als Sequenz einer Handlungskette gilt, in deren Verlauf zuvor eröffnete Handlungsmöglichkeiten geschlossen und neue Optionen eröffnet werden (Oevermann 2001: 30f.). Entsprechend strebt die Sequenzanalyse der objektiven Hermeneutik nach einer Rekonstruktion der typischen Entscheidungsmuster, welche die Auswahl von Handlungen des Untersuchungsgegenstands regeln, sowie nach einer Rekonstruktion der Entwicklung dieser Muster im Laufe der Zeit. Sobald die ersten Eigenschaften des Untersuchungsgegenstandes rekonstruiert wurden, tritt das Verfahren des axialen Kodierens hinzu. Dabei werden die bereits analysierten Eigenschaften auf möglicherweise bestehende Zusammenhänge hin durchleuchtet und diesbezügliche Hypothesen in Form von „Memos“ verfasst. Auch dieses Verfahren setzt sich bis zum Ende des Arbeitsprozesses fort. Das selektive Kodieren schließlich tritt hinzu, sobald der Forscher sogenannte Schlüsselkategorien identifiziert hat – solche Eigenschaften des Gegenstandes, von denen aufgrund ihrer intensiven diskursiven Einbettung und Vernetzung anzunehmen ist, dass sie für die zu erstellende Theorie bzw. Erklärung der Forschungsfrage besondere Erklärungskraft entfalten. Im selektiven Kodieren werden die Zusammenhänge zwischen den Schlüsselkategorien und die Bedeutung der Schlüsselkategorien für die nachgeordneten, aber dennoch relevanten Eigenschaften des Gegenstandes überprüft.

Alle drei Kodierdimensionen werden von einer Grundhaltung des Forschers getragen, die sich als „generatives Fragen“ und als Methode des „permanenten Vergleichs“ bezeichnen lässt. Das analysierte Material wird nicht einfach paraphrasiert, sondern nach dem sich darin äußernden sozialen Sinn befragt, also interpretiert und nicht einfach dupliziert. Der permanente Vergleich der neuen Datensätze und der daraus abgeleiteten Interpretationen mit vorgängigen Daten und Memos verfeinert die Theorie fortlaufend hinsichtlich ihrer internen Validität bzw. Kohärenz. Dabei gilt das Überarbeiten formulierter Hypothesen nicht als Ausnahme, sondern als grundlegende Eigenschaft und Motor des Verfahrens. Der Forschungsprozess endet, sobald sich bei der Analyse des Datenmaterials keine neuen Hypothesen ableiten lassen bzw. sobald die beteiligten Forscher bemerken, dass ihre Bereitschaft, die generierte datenbegründete Theorie zu revidieren, drastisch nachlässt, weil sie diese als in sich logisch, valide und plausibel erachten.

7. Übersicht: Aktueller Arbeits- und Zeitplan

Projektmonat(e)	Arbeitsschritt(e)
März 2014	Datenerhebung, Member Check I, Feldexkursion, Peer Debriefing I
März/April 2014	Offenes Kodieren
März/April 2014	In-Group Debriefing I: Experteninterviews (Streitkräfte)
April – Juni 2014	Offenes Kodieren, Axiales Kodieren, Sequenzanalysen
Juli 2014	In-Group Debriefing II, Peer Debriefing II, Member Check II
Juli-August 2014	(Offenes Kodieren), Axiales und Selektives Kodieren, Sequenzanalysen
September 2014	Memos und Hypothesen zu Schlüsselkategorien, Member Check II (Experteninterviews Parlamentarier und Bundesregierung)
Oktober 2014	Selektives Kodieren
November 2014	Ausarbeitung der Befunde
Februar 2015	Projektabschlussbericht

8. Publikationen zum Thema

Bake, Julika 2010: Das Bild vom demokratischen Soldaten: Erste Ergebnisse der empirischen Fallstudie zur Bundeswehr, in: Angelika Dörfler-Dierken und Gerhard Kümmel (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 129-136.

Biehl, Heiko 2010: Kampfmoral und Kohäsion als Forschungsgegenstand, in: Maja Apelt (Hrsg.), *Forschungsthema: Militär. Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischem Subjekt*, Wiesbaden, 139-162.

Bierling, Stephan/Strobel, Christian 2010: Normalisierung versus Sonderweg, in: Manuela Glaab, Werner Weidenfeld und Michael Weigl (Hrsg.), *Deutsche Kontraste 1990-2010*, Frankfurt, 137-169.

Dewey 2008: *Logik. Die Theorie der Forschung* [1938], Frankfurt/M.

Dewey, John 2001: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* [1927], Berlin und Wien.

Dörfler-Dierken, Angelika 2010: Identitätspolitik der Bundeswehr, in: Angelika Dörfler-Dierken und Gerhard Kümmel (Hrsg.): *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 137-160.

Dörfler-Dierken, Angelika/Kümmel, Gerhard (Hrsg.) 2010: *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild*, Wiesbaden.

Foucault, Michel 1975: *Der Fall Rivière. Materialien zum Verhältnis von Psychiatrie und Strafrecht*, Frankfurt/M.

Franke, Ulrich 2010: *Die Nato nach 1989. Das Rätsel ihres Fortbestandes*, Wiesbaden.

Franke, Ulrich/Roos, Ulrich 2010a: Actor, structure, process: transcending the state personhood debate by means of a pragmatist ontological model for International Relations theory, *Review of International Studies* 36: 4, 1057-1077.

Franke, Ulrich/Roos, Ulrich 2010b: Rekonstruktionslogische Forschungsansätze, in: Carlo Masala, Frank Sauer und Andreas Wilhelm (Hrsg.): *Handbuch der Internationalen Politik*, Wiesbaden, 285-303.

Franke, Ulrich / Roos, Ulrich (Hrsg.) 2013: *Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen*, Schriftenreihe Forschungsstand Politikwissenschaft, Baden-Baden.

Franke, Ulrich/Schiltz, Kaspar 2013: 'They don't really care about us!' On political worldviews in popular music, *International Studies Perspectives*, Vol. 14:1, 39-55.

Franke, Ulrich/Weber, Ralph 2012: At the Papini Hotel. On Pragmatism in the Study of International Relations, *European Journal of International Relations*, Vol. 18:4, 669-691.

- Hauswedell, Corinna (Hrsg.) 2009: *Soldatentod in heutigen Kriegen*, Rehbürg-Loccum.
- Hellmann, Gunther/Roos, Ulrich 2007: Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Analyse eines Irrwegs und Skizzen eines Auswegs, Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 92/2007).
- Hettling, Manfred 2008: Militärisches Totengedenken in der Berliner Republik. Opfersemantik und politischer Auftrag, in: Manfred Hettling und Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 11-21.
- Hettling, Manfred/Echternkamp, Jörg (Hrsg.) 2008: *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen.
- Jaberg, Sabine 2008: Abschied von der Friedensnorm? Urteile des Bundesverfassungsgerichts, verteidigungspolitische Grundsatzdokumente und die friedenspolitische Substanz des Grundgesetzes, in: Peter Schlotter, Wilhelm Nolte und Renate Grasse (Hrsg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – Zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden, 83-106.
- Koselleck, Reinhart 1979: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: *Poetik und Hermeneutik VIII*, 255-276.
- Krippendorff, Ekkehart 2010: Für einen deutschen Pazifismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2010, 91-97.
- Kruse, Wolfgang 2008: Strukturprobleme und Entwicklungsphasen des monumentalen Gefallenenkultes in Deutschland seit 1813, in: Manfred Hettling und Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 33-45.
- Maull, Hanns W. 2008: Neue Deutsche Außenpolitik. Mehr Kontinuität als Wandel, in: Eckhard Jesse und Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Neues Deutschland*, Baden-Baden, 125-140.
- Mead, George H. 1973: *Geist, Identität und Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Meyer, Berthold 2011: Flexibles Kunstwerk am Paradeplatz oder: Was für ein Denkmal braucht Deutschland für die toten Bundeswehr-Soldaten? in: Susanne Buckley-Zistel und Thomas Kater (Hrsg.), *Nach Krieg, Gewalt und Repression*, Baden-Baden, 205-220.
- Münkler, Herfried 2008: Militärisches Totengedenken in der postheroischen Gesellschaft, in: Manfred Hettling und Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 22-30.
- Naumann, Klaus 2008: Abwehr, Abschreckung, Distanzierung. Militär, Öffentlichkeit und Tod in der Bundesrepublik, in: Manfred Hettling und Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 162-174.
- Naumann, Klaus 2009: Eingangsstatement von Klaus Naumann zum Abschlusspodium „Zur demokratischen Debatte in der Öffentlichkeit, im Parlament und in der politischen Bildungsarbeit, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.), *Soldatentod in heutigen Kriegen*, 201-220.
- Oevermann, Ulrich 1991: Genetischer Strukturalismus und das sozialwissenschaftliche Problem der Erklärung der Entstehung des Neuen, in: Stefan Müller-Doohm (Hrsg.): *Jenseits der Utopie*, Frankfurt/M., 267-336
- Oevermann, Ulrich 1996: Konzeptualisierung von Anwendungsmöglichkeiten und praktischen Arbeitsfeldern der objektiven Hermeneutik (Manifest der objektiv hermeneutischen Sozialforschung), o.O.: Unveröffentlichtes Manuskript.
- Oevermann, Ulrich 2000: Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis, in: Klaus Kraimer (Hrsg.): *Die Fallrekonstruktion. Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung*, Frankfurt/M., 58-156.
- Palonen, Kari 2004: *Die Entzauberung der Begriffe*, Münster.
- Peirce, Charles S. 1966: *Selected Writings: values in a universe of chance*, hg. von Philip P. Wiener, New York.

- Peirce, Charles S. 1992: *The Essential Peirce. Selected Philosophical Writings*, Vol. I (1867-1893), hg. Von Nathan Houser und Christian Kloesel, Bloomington et al.
- Pleuger, Gunter 2009: Die Rolle Deutschlands in der Welt des 21. Jahrhunderts – Perspektiven der internationalen Politik, in: Peter Cornelius Mayer-Tasch und Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Deutschlands Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts, Sonderband 3, Zeitschrift für Politik*, 135-140.
- Roos, Ulrich 2010: *Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln*, Wiesbaden.
- Roos, Ulrich 2012: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung: Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19:2, 7-40.
- Schmidt, Wolfgang 2008: Die Toten der Bundeswehr. Deutungsleistungen zwischen säkularem Ritual und sakralem Gedenken, in: Manfred Hettling und Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik*, Göttingen, 58-71.
- Stölting, Erhard 2010: Organisation, Institution und Individuum: Der militärische Kontext in soziologischer Perspektive, in: Angelika Dörfler-Dierken und Gerhard Kümmel (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 21-40.
- Strauss, Anselm L. 1994: *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung*, München.
- Strauss, Anselm L./Corbin, Juliet 1990: *Basics of qualitative research: grounded theory procedures and techniques*, Newbury Park: Sage.
- Tomforde, Maren 2010: Neue Militärkultur(en). Wie verändert sich die Bundeswehr durch die Auslandseinsätze, in: Maja Apelt (Hrsg.), *Forschungsthema: Militär. Militärische Organisationen im Spannungsfeld von Krieg, Gesellschaft und soldatischem Subjekt*, Wiesbaden, 193-219.
- von Bredow, Wilfried 2010: Probleme der Transformation und das neue Bild des Soldaten, in: Angelika Dörfler-Dierken und Gerhard Kümmel (Hrsg.), *Identität, Selbstverständnis, Berufsbild. Implikationen der neuen Einsatzrealität der Bundeswehr*, Wiesbaden, 121-128.

9. Lebensläufe

a) Dr. Ulrich Franke

Persönliche Informationen

<i>Adresse</i>	Innsbrucker Str. 40, 28215 Bremen, Deutschland
<i>E-mail</i>	ulrich.franke@iniis.uni-bremen.de
<i>Telefon</i>	+49-421-21867472 (d); +49-176-82123174
<i>Geburtsdatum</i>	8. Juli 1977
<i>Geburtstort</i>	Bad Soden/Taunus
<i>Nationalität</i>	Deutsch

Forschungsinteressen

Internationale Organisationen/Institutionen
 „Security Studies“, Außen- und Geschichtspolitik
 Theorie und Geschichte der Internationalen Beziehungen
 Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung
 Methodologie und interpretative Methoden

Akademische Mitgliedschaften

Arbeitsgemeinschaft Objektive Hermeneutik e.V.
Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung
Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
International Studies Association

Akademische Ausbildung

- 09/2008 Promotion an der Universität St. Gallen zum Dr. rer. publ.
02/2008 Abgabe der Dissertation: *Eine Art Vereinte Nationen mit größerer Wirksamkeit. Zum Rätsel des Fortbestands der NATO nach dem Ende der Blockkonfrontation*; Gutachter: Prof. James W. Davis, PhD und Prof. Dr. Gunther Hellmann
05/2003 Abschluss des Studiums der Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre: Verleihung des Titels eines *Magister Artium*
12/2002 Abgabe der Magisterarbeit: *Vom konträren Umgang mit einem Tabu. Warum sich Deutschland 1991 nicht am Golfkrieg beteiligt hat, aber im Jahr 2001 den „Krieg gegen den Terror“ aufnahm. Eine Analyse von vier Bundestagsreden mithilfe der objektiven Hermeneutik*; Gutachter: Prof. Dr. Gunther Hellmann und Prof. Dr. Ulrich Oevermann
10/1997 Aufnahme des Studiums der Politikwissenschaft (Hauptfach), Soziologie und Volkswirtschaftslehre (Nebenfächer) an der Goethe-Universität, Frankfurt/M.

Berufserfahrung

- seit 06/2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) an der Universität Bremen (Prof. Dr. Peter Mayer)
10/2008 – 05/2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (i.V.) am Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft der *Fakultät für Soziologie* an der Universität Bielefeld (Prof. Dr. Mathias Albert)
10/2008 – 03/2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (i.V.) am Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft der *Fakultät für Soziologie* an der Universität Bielefeld (Prof. Dr. Detlef Sack)
08/2008 – 12/2008 Post-doc-fellow im Rahmen des Exzellenzclusters 243 *Herausbildung normativer Ordnungen* an der Goethe-Universität, Frankfurt/M.
07/2005 – 09/2008 Assistent am *Institut für Politikwissenschaft (IPW-HSG)*, Universität St. Gallen (Prof. James W. Davis, PhD)
07/2006 – 08/2006 Forschungsaufenthalt an der Universität Sheffield, UK auf Einladung von Colin Wight, PhD
04/2001 – 03/2002 Studentische Hilfskraft (Tutor) am *Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen* an der Goethe-Universität, Frankfurt/M. (Lehrstühle für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Außenbeziehungen westeuropäischer Staaten bzw. Politikwissenschaft und politische Soziologie mit dem Schwerpunkt Osteuropa, Prof. Dr. Gunther Hellmann und Prof. Dr. Melanie Tatur)

Publikationen

Monographien und Herausgeberschaften

Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen, Baden-Baden: Nomos, 2013 (herausg. mit Ulrich Roos)

Die Nato nach 1989. Das Rätsel ihres Fortbestandes, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010

Zeitschriftenaufsätze

Inter-Organizational Relations as Structures of Corporate Practice, *Journal of International Organizations Studies*, 4: Special Issue (2013); *Special Issue zu Sociological Perspectives on International Organizations and the Construction of Global Order*, 85-103 (mit Martin Koch)

'They don't really care about us!' On Political Worldviews in Popular Music, *International Studies Perspectives*, 14: 1 (Februar 2013), 39-55 (mit Kaspar Schiltz)

At the Papini Hotel. On Pragmatism in the Study of International Relations, *European Journal of International Relations*, 18: 4 (Dezember 2012), 669-91 (mit Ralph Weber)

Über unerwünschte Handlungsfolgen in den Internationalen Beziehungen, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 19:1 (Juni 2012), 65-84 (mit Ulrich Roos)

Globale Solidarität als nationales Interesse, *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik*, 18: 4 (Juli/August 2010), S. 105-108 (mit Ulrich Roos)

Actor, structure, process: Transcending the state personhood debate by means of a pragmatist ontological model for international relations theory, *Review of International Studies*, 36: 4 (Oktober 2010), S. 1057-77 (mit Ulrich Roos)

Beyond the Deadlock: How Europe Can Contribute to UN Reform, *The International Spectator*, 43: 1 (März 2008), S. 43-55 (mit Ulrich Roos und Gunther Hellmann)

Sammelbandbeiträge

Rekonstruktionslogische Forschungsansätze, in: Carlo Masala, Frank Sauer und Andreas Wilhelm (Hg.) 2010: *Handbuch der Internationalen Politik*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 285-303 (mit Ulrich Roos)

Gutachterwesen (Zeitschriften)

Zeitschrift für Internationale Beziehungen

European Journal of International Relations

Foreign Policy Analysis

International Theory

Review of International Studies

Millennium. Journal of International Studies

Perspectives. The Central European Review of International Affairs

Akademische Selbstverwaltung

seit 07/2013

Mitglied des akademischen Mittelbaus in *Prüfungsausschuss und gemeinsamer Kommission* des „Master International Relations: Global Governance and Social Theory“, Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Bremen

seit 04/2013

Mitglied des akademischen Mittelbaus im *Rat* des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bremen

05/2010 – 05/2011

Mitglied des akademischen Mittelbaus in der Strukturkommission der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld

Sprachen

<i>Deutsch</i>	Muttersprache
<i>Englisch</i>	Fließend
<i>Französisch</i>	Gute Kenntnisse

b) Dr. Ulrich Roos

Persönliche Informationen

<i>Adresse</i>	Basaltstr. 27, 60487 Frankfurt/M., Deutschland
<i>E-mail</i>	ulrich.roos@phil.uni-augsburg.de
<i>Telefon</i>	+49-69-71671630 (d); +49-176-82184809
<i>Geburtsdatum</i>	15. April 1973
<i>Geburtstort</i>	Kelkheim/Taunus
<i>Nationalität</i>	Deutsch

Forschungsinteressen

Internationale Beziehungen
Deutsche Außenpolitik
Politische Kulturforschung
Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung
Wissenschaftstheorie und Methodologie

Akademische Mitgliedschaften

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
International Studies Association

Akademische Ausbildung

<i>02/2009</i>	Promotion an der Goethe-Universität, Frankfurt/M. zum Dr. phil.
<i>10/2008</i>	Abgabe der Dissertation: Entidealisierte Weltordnungspolitik unter multipolaren Bedingungen? Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln deutscher Außenpolitik nach der Vereinigung; Gutachter: Prof. Dr. Gunther Hellmann, Prof. Dr. Harald Müller
<i>10/2004 – 02/2009</i>	Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität, Frankfurt/M.
<i>12/2003</i>	Abgabe der Diplomarbeit: Kulturelle Bedeutungen und zivilreligiöse Vorstellungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik: Elemente einer pragmatistischen Kultur- und Handlungstheorie in den Internationalen Beziehungen; Gutachter: Prof. Dr. Gunther Hellmann und Prof. Dr. Harald Müller
<i>10/1999 – 05/2004</i>	Studium der Politikwissenschaft, Sozialpsychologie, Neueren Geschichte und Rechtswissenschaften, Goethe-Universität, Frankfurt/M.

Berufserfahrung

<i>seit 01/2012</i>	<i>Akademischer Rat am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg (Prof. Dr. Christoph Weller)</i>
---------------------	---

- 03/2009-12/2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg (Prof. Dr. Christoph Weller)
- 10/2008 – 02/2009 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (i.V.) am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität, Frankfurt/M. (Prof. Dr. Gunther Hellmann)
- 08/2007 – 05/2008 Stipendiat der Frankfurt Graduate School (FGS) for the Humanities and Social Sciences
- 10/2005 – 09/2006 Wissenschaftliche Hilfskraft und Tutor am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Goethe-Universität, Frankfurt/M.
- 07/2006 – 08/2006 Forschungsaufenthalt an der Universität Sheffield, UK auf Einladung von Colin Wight, PhD
- 04/2001 – 10/2004 Koordinator und MdV des A.S.H. eV. Verband der deutschen Abenteuerspieleindustrie
- 10/1993 – 02/2003 Geschäftsführer der Ulisses Medien und Spiel Distribution GmbH Wiesbaden
- 02/1993 – 09/1993 Vertriebsleiter der Welt der Spiele GmbH Frankfurt am Main

Publikationen

Monographien und Herausgeberschaften

Rekonstruktive Methoden der Weltpolitikforschung. Anwendungsbeispiele und Entwicklungstendenzen, Baden-Baden: Nomos, 2013 (herausg. mit Ulrich Franke)

Deutsche Außenpolitik. Eine Rekonstruktion der grundlegenden Handlungsregeln, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010

Zeitschriftenaufsätze

Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung: Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 19: 2 (Dezember 2012), S. 7-40

Über unerwünschte Handlungsfolgen in den Internationalen Beziehungen, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 19:1 (Juni 2012), 19: 2, S. 65-84 (mit Ulrich Franke)

Globale Solidarität als nationales Interesse, *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik*, 18: 4 (Juli/August 2010), S. 105-108 (mit Ulrich Franke)

Actor, structure, process: Transcending the state personhood debate by means of a pragmatist ontological model for international relations theory, *Review of International Studies*, 36: 4 (Oktober 2010), S. 1057-77 (mit Ulrich Franke)

Beyond the Deadlock: How Europe Can Contribute to UN Reform, *The International Spectator*, 43: 1 (März 2008), S. 43-55 (mit Ulrich Franke und Gunther Hellmann)

Warum Deutschland aus dem Rennen um ständige Sitze im UN-Sicherheitsrat aussteigen sollte, *Internationale Politik*, 62: 10 (2007), S. 92-98 (mit Gunther Hellmann)

Sammelbandbeiträge

Rekonstruktionslogische Forschungsansätze, in: Carlo Masala, Frank Sauer und Andreas Wilhelm (Hg.) 2010: *Handbuch der Internationalen Politik*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 285-303 (mit Ulrich Franke)

Sonstiges

Das deutsche Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Analyse eines Irrwegs und Skizzen eines Auswegs, INEF-Report 92/2007 (mit Gunther Hellmann)

Gutachterwesen (Zeitschriften)

Journal of European Integration
Review of International Studies

Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung
Zeitschrift für Internationale Beziehungen

Akademische Selbstverwaltung

10/2013 – heute Mitglied des Prüfungsausschusses des MA-Studiengangs
Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung
03/2009 – 03/2011 Mitglied des Diplom-Prüfungsausschusses der Sozialwissen-
schaftlichen Fakultät der Universität Augsburg

Sprachen

Deutsch Muttersprache
Englisch Fließend
Französisch Gute Kenntnisse

10. Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern

Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken
Helmut Schmidt-Universität, Hamburg
Lehrstuhl für Evangelische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialethik
und der Theologiegeschichte
angelikadoerfler@bundeswehr.org

Prof. Dr. Gunther Hellmann
J.W. Goethe-Universität, Frankfurt/M.
Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Außenbeziehungen Deutschlands
und der Europäischen Union
g.hellmann@soz.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Manfred Hettling
Universität Halle-Wittenberg
Professur für Neuere und Neueste Geschichte
manfred.hettling@geschichte.uni-halle.de

Dr. Ursula Jasper
ETH Zürich, Center for Security Studies (CSS)
Senior Researcher
ursula.jasper@sipo.gess.ethz.ch

Winfried Nachtwei
Mitglied des Deutschen Bundestages a. D.
winfried@nachtwei.de

Dr. Klaus Naumann
Institut für Sozialforschung
Klaus.Naumann@his-online.de

Reinhold Robbe
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages a. D.
robbebunde@web.de

Prof. Dr. Wilhelm M. Vosse
International Christian University, Tokyo
Professor of Political Science; Director, Social Science Research Institute
vosse@icu.ac.jp

11. Publikationsstrategie

Die Befunde des Forschungsvorhabens sollen in verschiedene gesellschaftliche Teildiskurse kommuniziert werden, nämlich Wissenschaft, Medien, Parlament, Militär und Regierung. Den Kern dieser Kommunikationsstrategie bilden zwei Buchprojekte. Das erste Buch stellt die Ergebnisse des Forschungsprozesses detailliert zur Diskussion, informiert über theoretische Einbettung, Forschungsdesign, methodische Vorgehensweise und formuliert mögliche Implikationen der gewonnen Erkenntnisse für die verschiedenen gesellschaftlichen Teildiskurse. Das zweite Buchprojekt wird in Form eines Sammelbandes die Beiträge der im 21. Projektmonat stattfindenden Konferenz zum Thema „Soldatentod“ zusammenfassen. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse der Studie in komprimierter Form als Beitrag in einer thematisch einschlägigen Zeitschrift mit Begutachtungsverfahren veröffentlicht werden (etwa der *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*). Naheliegender wäre ferner eine parallele Veröffentlichung der Ergebnisse in einem englischsprachigen Journal.

Mit Winfried Nachtwei, Reinhold Robbe und dem Bundesvorstand der Bundeswehrverbandes konnten Kooperationspartner gewonnen werden, die dabei helfen wollen, die Ergebnisse des Forschungsprojekts auch in den gesellschaftlichen Teildiskursen Parlament, Militär und Regierung zu kommunizieren. Ferner ist zu erwarten, dass die im Zuge der Projektarbeit entstandenen persönlichen Kontakte der Forscher zu Mitgliedern und Repräsentanten der genannten Teildiskurse dazu beitragen werden, geeignete Formate für die Kommunikation der Forschungsergebnisse zu entwickeln. Da gerade die größere Gesellschaft über die Ergebnisse des Forschungsvorhabens informiert werden sollte, werden die Befunde zudem in geeigneter Form (massen-)medial kommuniziert, wobei das größte Augenmerk auf Printmedien (Qualitätszeitungen) ruht (über das Projekt wurde bereits mehrfach bundesweit massenmedial berichtet). Darüber hinaus werden die zentralen Ergebnisse des Forschungsvorhabens in komprimierter Form (nicht mehr als 4 A4-Seiten) zusammengefasst und in einem ansprechenden Layout auf elektronischem Weg an alle potentiell am Thema interessierten Vereine, Verbände und Nicht-Regierungsorganisationen kommuniziert.